

Sicherheitsrisiko Venezuela?

Ein polarisiertes Land

Susanne Grätius

Zeitgleich zur Irak-Krise gerät Venezuela – fünftgrößter Erdölexporteur der Welt – aus den Fugen. Obwohl der zweimonatige Generalstreik Anfang Februar beendet wurde, hält die Konfrontation zwischen Präsident Chávez und der Opposition an. Die Regierung verließ zeitweilig die Verhandlungen über eine Streitbeilegung und ließ die Anführer des Streiks wegen Hochverrat verhaften. Seit Hugo Chávez 1998 die Wahlen gewann, hat er das Land polarisiert und an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben. Seine »bolivarianische Revolution« gegen die traditionelle »Oligarchie« ist eine Revolution der Worte, nicht der Taten. Der Konflikt zwischen alter und neuer politischer Führung ging bisher zugunsten der »Chavistas« aus: Sie überstanden einen Putschversuch und drei Generalstreiks. Das innenpolitische Freund-Feind-Schema spiegelt sich auch in der Außenpolitik wider: Chávez warnte die mit der Opposition sympathisierenden Länder Kolumbien, Spanien und die USA vor einer Einmischung in den Konflikt. Kurz danach kam es zu Bombenanschlägen gegen die diplomatischen Vertretungen Kolumbiens und Spaniens in Caracas.

Bereits vor elf Jahren hatte der frühere Oberstleutnant und gelernte Politikwissenschaftler Hugo Chávez zwei Mal vergeblich versucht, durch einen Staatsstreich an die Macht zu kommen. Es gelang ihm schließlich 1998 auf demokratischem Wege. Aus Sicht der Bevölkerung hatte die alte, korrupte Elite des Landes nach vierzig Jahren demokratischer Stabilität ausgedient, und Chávez gewann die Präsidentschaftswahlen mit einer absoluten Stimmenmehrheit von 56,6 Prozent.

Zum ersten Mal wurde in Venezuela ein politischer Outsider Präsident, der nicht den traditionellen Parteien angehörte. Bis

zu Chávez Wahlsieg hatten zwei politische Parteien, die sozialdemokratische AD und die konservative COPEI, das Land nahezu allein regiert.

Chávez Aufstieg als Antwort auf die Krise des politischen Systems

Der Aufstieg des selbstinszenierten Heilbringers Chávez, der nach kubanischem Muster gerne eine Dreieinigkeit zwischen Simón Bolívar, Jesus Christus und sich selbst suggeriert, ging einher mit dem Zusammenbruch der alten politischen und wirtschaftlichen Ordnung.

Die Vorgeschichte der heutigen Krise begann 1989 mit dem sogenannten Caracazo, dem spontanen sozialen Aufstand gegen die Anpassungspolitik der damaligen Regierung von Carlos Andrés Pérez, dessen Amtszeit wegen eines Korruptionsskandals vorzeitig endete. Bereits zu diesem Zeitpunkt versuchte Chávez erfolglos, durch einen Staatsstreich an die Macht zu kommen. Seine Popularität lag damaligen Umfragen zufolge bei über 70 Prozent.

Die tieferen Ursachen des heutigen politischen Konflikts liegen in der sich schon vor 20 Jahren abzeichnenden Strukturkrise des Landes. Das Modell Venezuela, das vierzig Jahre lang zu den stabilsten Demokratien mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas gehörte, basierte auf dem Erdölboom der siebziger Jahre. Für den Niedergang des Landes waren politische und wirtschaftliche Faktoren gleichermaßen verantwortlich: Sinkende Erdölpreise auf dem Weltmarkt gaben zusammen mit den politischen und wirtschaftlichen Kosten jahrzehntelanger Korruptionspraktiken den Ausschlag für das Ende der Ära venezolanischer Stabilität.

In den achtziger Jahren geriet der Erdölstaat Venezuela zunächst in eine Haushalts-, dann in eine Schuldenkrise. Drastische Kürzungen der Sozialausgaben, Preiserhöhungen bei gleichzeitigem Lohnrückgang und eine steigende Arbeitslosigkeit schufen den sozialen Humus für die Anfang der achtziger Jahre entstandene »Bolivarianische Bewegung« von Hugo Chávez, die er nach seinem Vorbild Simón Bolívar benannt hat.

Der jahrelange Pakt der repräsentativen Demokratie, politische Gefolgschaft gegen soziale Verbesserungen durch die Einnahmen aus dem lukrativen Ölgeschäft, war nicht mehr zu finanzieren. Die soziale Kluft vergrößerte sich – über die Hälfte der 25 Millionen Venezolaner gilt heute als arm – und damit der Abstand zwischen Bevölkerung und politischer Führung.

Die repräsentative Demokratie, einschließlich des Netzwerks gesellschaftlicher

Institutionen, dem beispielsweise die traditionellen Parteien AD und COPEI, der Gewerkschaftsdachverband CTV und die Arbeitgeberverbände angehören, hatte an politischem Rückhalt und Vertrauen in der Bevölkerung verloren. Dies manifestierte sich in Wahlenthaltungen von über 50 Prozent und Popularitätsraten von weniger als 14 Prozent für Chávez Amtsvorgänger Carlos Andrés Pérez.

Angesichts der politischen Krise der repräsentativen Demokratie war der erste Wahlsieg von Chávez kein Zufallstreffer, sondern Spiegelbild verkrusteter politischer Strukturen und eines noch immer andauernden Verteilungskonflikts.

Die bolivarianische »Revolution«

In ihrer bisherigen Amtszeit hebelte die Regierung Chávez die traditionellen Machtstrukturen aus und verabschiedete eine Reihe von weitreichenden politischen Strukturreformen. Sie wurden in einer neuen Verfassung verankert und beinhalten folgende Neuerungen:

- ▶ Die Umbenennung des Landes in fünfte, »bolivarianische Republik Venezuela«;
- ▶ Verlängerung des Mandats der Exekutive von fünf auf sechs Jahre;
- ▶ Möglichkeit der Wiederwahl des Präsidenten;
- ▶ Quotenregelung im Parlament für Vertreter der indigenen Bevölkerung;
- ▶ Erweiterung der Kompetenzen des Präsidenten gegenüber der Legislative;
- ▶ Abschaffung des Senats und Einführung eines Ein-Kammer-Parlaments;
- ▶ Stärkung der Elemente der plebiszitären gegenüber jenen der repräsentativen Demokratie.

Nachdem die Verfassung mit absoluter Mehrheit in einem Referendum bestätigt wurde, ließ sich Chávez im Sommer 2000 erneut zum Präsidenten wählen. Demnach würde er bis 2007 im Amt bleiben.

Chávez setzt die Tradition des lateinamerikanischen Populismus und Caudillismus fort. Er regiert mit den Mitteln der direkten Demokratie: die Mobilisierung der

Massen im Rahmen seiner Bolivarianischen Bewegung, ein charismatischer Führungsstil, Audienzen der Bürger beim Präsidenten, Volksbefragungen und das allsonntäglich ausgestrahlte Radioprogramm »Aló Presidente« (das die Opposition mit einer Webseite namens »Adiós Presidente« beantwortete). Ebenso wenig wie seine ideologischen Vorgänger – Juan Domingo Perón in Argentinien, Getúlio Vargas in Brasilien oder Alberto Fujimori in Peru – ist Hugo Chávez ein linker Revolutionär. Er versteht sich vor allem als Revolutionär in eigener Sache. Seine politische Ideologie besteht aus einer Mischung von Linkspopulismus, rechtem Autoritarismus, plebiszitärer Demokratie und Rhetorik der Umverteilung und des »dritten Wegs« zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Chávez ist der Nationalheld und Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar; seine Vision die Realisierung der bolivarianischen Idee eines vereinten, von den USA unabhängigen Lateinamerika. Seine Popularität, die ihm zum Wahlsieg verhalf, gründet aber weniger auf seiner Ideologie als vor allem darauf, daß er kein Mitglied der traditionellen, vorwiegend weißen Oligarchie ist, sondern ein »Sohn des Volkes«.

Als Chávez nach seinem ersten offiziellen Besuch in Havanna verkündete, auch Venezuela in ein »Meer der Glückseligkeit« zu verwandeln, schürte er vor allem bei den Mittelschichten die Angst vor dem Import der kubanischen Revolution. Seine Reden sind zwar fast so lang wie die seines Vorbilds Fidel Castros, einem direkten Vergleich mit dem kubanischen Modell halten jedoch weder seine halbherzig betriebenen Reformen noch seine diffusen ideologischen Vorstellungen stand.

Politischen Rückhalt findet Chávez in den Reihen des Militärs – wo er weitgehende Umbesetzungen vorgenommen hat – sowie in der von ihm aufgebauten Bolivarianischen Bewegung, der auch die »círculos bolivarianos« angehören, den kubanischen Comités de Defensa de la Revolución (CDR) nachempfundene, regierungstreue militante Gruppen.

Seine Wählerschaft und die Anhänger seiner Bolivarianischen Bewegung sind vor allem die Armen und Unterprivilegierten, denen Chávez eine weitgehende Umverteilung zu ihren Gunsten in Aussicht gestellt hatte. Er gewann die Wahlen 1998 mit dem Versprechen, die bestehenden Besitzverhältnisse zu verändern, die alte Elite zu entmachten und die Korruption mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Chávez profilierte sich als Interessenvertreter der Stimm- und Besitzlosen, denen er Arbeitsplätze, Lohnerhöhungen und Landtitel versprach. Dennoch ist seine »bolivarianische Revolution« oder die von ihm proklamierte fünfte Republik – in Abgrenzung zur alten politischen Ordnung der vierten Republik – kaum mehr als eine Worthülse.

Die sozialen Reformen blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Zwar setzte Chávez Lohnerhöhungen und Neueinstellungen im öffentlichen Dienst durch, belastete aber damit den Staatshaushalt, ohne anderweitig Einsparungen vorzunehmen. Die in Aussicht gestellte Agrarreform beschränkte sich im wesentlichen auf die zeitweilige staatliche Unterstützung illegaler Landbesetzungen.

Das Herzstück der Sozialpolitik ist der zivil-militärische »Plan Bolívar 2000«, für den das Verteidigungsministerium zuständig ist und der von den Streitkräften (Chávez eigentlicher Machtbastion) umgesetzt wird. Dieser Plan zur Armutsreduzierung beinhaltet Mikrokredite und zielt auf eine Verbesserung der staatlichen Gesundheitsfürsorge sowie den Bau von Schulen und Straßen. Die Ergebnisse sind wenig spektakulär; der Hauptverantwortliche des Plan Bolívar mußte kürzlich wegen Mißmanagements zurücktreten.

Durch die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben und die Loyalität zu Chávez wird das Militär erneut zu einem politischen und gesellschaftlichen Akteur. Das zeigt sich auch in der Einführung der vor-militärischen Erziehung in privaten und öffentlichen Schulen sowie in der Besetzung von Staatsbetriebsstellen mit Militärs.

Die von Chávez in Aussicht gestellte soziale Umverteilung scheiterte aber nicht nur am Unvermögen seiner Regierung, sondern auch am Widerstand der traditionellen Elite, die das Land seit 1958 regierte.

Machtkampf zwischen Chávez und Opposition

Erst nach zwei Jahren Ohnmacht, Stagnation und politischer Diskreditierung hat sich aus den Reihen der alten politischen Kräfte eine höchst heterogene Oppositionsbewegung formiert, die ihrerseits in der Lage ist, die Massen zu mobilisieren und eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Im Oktober 2001 entstand das Oppositionsbündnis *Coordinadora Democrática* (CD), dem der Gewerkschaftsdachverband CTV, Vertreter der staatlichen Erdölgesellschaft *Petróleos de Venezuela* (PdVSA), des Unternehmensverbands *Fedecámaras* und die wichtigsten politischen Parteien AD und COPEI angehören. Auch die Katholische Kirche und ein Großteil der Medien stehen der Chávez-Regierung kritisch gegenüber. Angeführt wird die Oppositionsbewegung nicht von den geschwächten traditionellen Parteien, sondern von der Privatwirtschaft, maßgeblich *Fedecámaras* und der Erdölkonzern PdVSA.

Die Opposition organisierte den längsten Generalstreik in der Geschichte des Landes und forderte die Abhaltung eines Referendums über die Chávez-Regierung sowie die Einberufung von Neuwahlen. 3,7 Millionen Unterschriften hat sie für diese Ziele gewinnen können und damit das laut bolivianischer Verfassung für eine Volksbefragung nötige Quorum von 20 Prozent der Wählerschaft erreicht. Ungeachtet dessen wurde die Forderung nach einem Referendum am 2. Februar vom Obersten Gerichtshof abgewiesen.

Der Justizapparat wird bereits von Chávez-Anhängern kontrolliert. Dies erleichterte ihm die Abrechnung mit der Opposition: Unmittelbar nach Beendigung des Generalstreiks Anfang Februar ließ Chávez den Präsidenten von *Fedecámaras*,

Carlos Fernández, festnehmen und vor Gericht stellen. Es ergingen weitere Haftbefehle gegen Oppositionelle wie den Vorsitzenden des CTV und einstigen Chef der Erdölgewerkschaft, Carlos Ortega, sowie den Präsidenten der Erdöllobby »*Gente del Petróleo*«, Juan Fernández.

All dies ist ein klarer Verstoß gegen den kurz zuvor mit der Opposition vereinbarten »Pakt gegen Gewalt, für Frieden und Demokratie«. Nachdem er den Generalstreik ausgestanden hat, zeigt der dem Freund-Feind-Denken verhaftete Chávez keine Kompromißbereitschaft mehr gegenüber der Opposition und nutzt den momentanen strategischen Vorteil, um sich seiner Gegner zu entledigen.

Die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition konzentriert sich auf die beiden eigentlichen Schlüssel zur Macht: Die Kontrolle des staatlichen Erdölunternehmens PdVSA und der Medien. Wer das Öl hat, beherrscht das Land: 50 Prozent des Staatshaushalts werden durch die Einnahmen aus der Erdölindustrie bestritten, die ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und 80 Prozent der Exportgewinne des Landes ausmachen. Der zweitgrößte Erdölkonzern der Welt, *Petróleos de Venezuela*, bildet einen Staat im Staate. Obwohl das 1975 nationalisierte Unternehmen von einem Chavista – dem früheren OPEC-Generalsekretär und Energieminister *Alí Rodríguez* – geleitet wird, beteiligten sich die meisten seiner Mitarbeiter am 63tägigen Generalstreik. *Rodríguez* entließ nach dessen Ende 8000 der 40 000 Angestellten, woraufhin es Ende Februar zu erneuten, zum Teil gewaltsamen Protestaktionen und vereinzelt Streiks kam. Gleichzeitig nutzte Chávez die Gunst der Stunde, um auch die ihm größtenteils kritisch gesonnenen Medien unter Kontrolle zu bekommen: Er erließ ein neues, restriktiveres Mediengesetz und ordnete eine Untersuchung gegen vier private Fernsehsender an. Trotz dieser Maßnahmen ist die Machtprobe zwischen Regierung und Opposition noch nicht entschieden.

Wirtschaftliche Konsequenzen des Konflikts

Nach zwei Jahren Konfrontation zwischen Chavistas und Opposition ist das Land wirtschaftlich ausgebrannt. Chávez hat weder ein schlüssiges Konzept zur Armutsreduzierung entwickelt noch eine kohärente Wirtschaftspolitik betrieben. Die wirtschaftlichen Aussichten sind düster: Zwar ist die Außen- und Staatsverschuldung relativ gering, die Inflationsrate liegt jedoch bei 60 Prozent, und das BIP wird auch in diesem Jahr um 10 bis 15 Prozent zurückgehen (-7 Prozent im Vorjahr). Die politische Instabilität hat eine massive Kapitalflucht ausgelöst und die ausländischen Investoren verschreckt. Die nationale Währung Bolívar befindet sich im freien Fall: Sie hat 2002 etwa 40 Prozent ihres Wertes verloren und allein in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres weitere 27 Prozent eingebüßt. Um dem entgegenzuwirken, griff die Regierung zu drastischen Maßnahmen und führte per Dekret eine Kapitalverkehrsteuer und Devisenkontrollen ein.

Die Regierung macht die Opposition für die Misere verantwortlich. Die dem Generalstreik angelasteten Verluste werden von der Regierung auf eine Milliarde US-Dollar beziffert. Zudem ging die Erdölproduktion von 3,2 Millionen Barrel täglich um mehr als die Hälfte zurück. Zwar ist dies aus venezolanischer Perspektive nicht unbedingt ein Problem – denn je weniger Erdöl auf den Markt kommt, desto höher die Preise –, sehr wohl aber für das Ausland.

Etwa die Hälfte des Warenhandels wickelt Venezuela mit seinem zentralen Wirtschaftspartner USA ab. Mit einem Anteil von über 13 Prozent am Gesamtverbrauch ist Venezuela nach Saudi-Arabien, Mexiko und Kanada der vierbedeutendste Erdöllieferant der USA und somit von strategischem Gewicht. Nicht zuletzt deshalb rief die Krise in Venezuela neben den USA zahlreiche weitere externe Akteure auf den Plan.

Externe Akteure zwischen Freund-Feind-Bildern und Vermittlung

Auf der internationalen Bühne profiliert sich Chávez gern als *Enfant terrible*. Dazu bedient er sich provokanter Äußerungen wie: der Neoliberalismus sei der direkte Weg in die Hölle, oder: Venezuela würde der amerikanischen Freihandelszone ALCA aufgrund der Asymmetrien zu den USA frühestens in zehn Jahren beitreten. Auch seine offiziellen Staatsbesuche bei Saddam Hussein und Libyens Staatschef Ghaddafi sowie seine einstigen Verbindungen zur kolumbianischen Guerilla und die Bewunderung für den kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro trugen kaum dazu bei, das Vertrauen der außenpolitischen Partner zu gewinnen.

Bei den externen Vermittlern läßt sich tendenziell zwischen Sympathisanten und Gegnern der Chávez-Regierung unterscheiden. Die USA, Kolumbien und Spanien unterstützen vorwiegend die venezolanische Oppositionsbewegung, der brasilianische Präsident hingegen unterhält enge Beziehungen zur Chávez-Regierung und appelliert an ihre Vernunft.

Zwei zentrale Vermittler versuchen die Fronten zwischen Regierung und Opposition aufzubrechen: Friedensnobelpreisträger Jimmy Carter ist seit April 2002 und der Generalsekretär der OAS, César Gaviria, seit November mit dem Konflikt befaßt. Zur Unterstützung Gavirias rief der brasilianische Präsident Lula im Januar die »Gruppe der Freunde des OAS-Generalsekretärs für Venezuela« ins Leben, der neben Brasilien auch Chile, Mexiko, die USA, Spanien und Portugal angehören. Die von Chávez favorisierte Aufnahme Frankreichs, Kubas und Rußlands wurde von Brasilien abgelehnt.

Getreu seinem proklamierten außenpolitischen Schwerpunkt Südamerika bezieht Brasilien nach langer Zeit wieder aktiv Stellung in einem politischen Konflikt in der Region. Dabei ist die Position der Regierung von Luiz Inácio Lula da Silva durchaus ambivalent: Sie teilt mit Chávez einen gewissen Anti-Amerikanismus und

die Ablehnung des Neoliberalismus, betreibt aber andererseits eine pragmatische Außen- und Wirtschaftspolitik.

Den internationalen Vermittlern ist es immerhin gelungen, die politischen Gegner an den Verhandlungstisch zu bringen. Nach dem Abbruch des Generalstreiks ist die Opposition jedoch in einer schwächeren Position, und die Chávez-Regierung zeigt sich weniger kompromißbereit. So verbat sich Hugo Chávez in einer Rede Mitte Februar jegliche externe Einmischung in den Konflikt, der in einem souveränen Land nur national gelöst werden könne. Die Warnung richtete sich gegen Kolumbien, Spanien und die USA, die durch ihre direkte und indirekte Unterstützung der Oppositionsbewegung von der Regierung Chávez nicht als Vermittler, sondern eher als außenpolitische Feinde wahrgenommen werden. Dies gilt auch für César Gaviria als ehemaligen Präsidenten des Nachbarlandes Kolumbien, mit dem Chávez aufgrund seiner mutmaßlichen Verbindungen zur Guerilla eher angespannte Beziehungen unterhält.

Mögliche Szenarien

Der Ausgang des Konflikts in Venezuela ist völlig offen. Sollte es keine Einigung zwischen Regierung und Opposition geben, halten einige Beobachter auch einen Bürgerkrieg für nicht ausgeschlossen. Opposition und externe Vermittler favorisieren derzeit drei politische Lösungen:

1. die Abhaltung eines Referendums über die Chávez-Regierung nach Ablauf der Hälfte ihrer Amtszeit am 19. August,
2. die Verkürzung des Mandats der Exekutive von sechs auf vier Jahre,
3. die Einberufung von Neuwahlen auf der Grundlage einer bis Ende März anzustrebenden Einigung zwischen Opposition und Regierung.

Referendum. Sollte es zu einem – zeitweilig auch von der Regierung favorisierten – Referendum kommen, müßte die Opposition mehr als jene 59,8 Prozent Stimmen

auf sich vereinen, die Hugo Chávez bei den letzten Wahlen im Juli 2000 erzielt hatte. Voraussetzung für ein Referendum gegen die Regierung ist eine neue Petition, die von mindestens 20 Prozent der Wähler unterstützt und nach der Hälfte der Amtsperiode eingebracht wird.

Bislang hat der Präsident seine Machtposition und die zum Teil undemokratischen Reformen im Zuge der bolivarianischen Revolution mit Hilfe von Referenden demokratisch abgesichert. Er beherrscht die Spielregeln der repräsentativen Demokratie durchaus und hat sie bisher nicht, jedenfalls nicht offensichtlich, außer Kraft gesetzt. Seine Gegner hatten eben diesen Fehler bei ihrem Putschversuch im April 2002 begangen und sich dadurch als politische Alternative diskreditiert: Eine der ersten Amtshandlungen des Interimspräsidenten und damaligen Vorsitzenden von Fedecámaras, Pedro Carmona, war die Auflösung des Parlaments und das vage Versprechen, nach einer Phase der Transition zu gegebenem Zeitpunkt Wahlen anzuberaumen. Damit zeigte die Opposition letztendlich, daß sie weniger demokratisch gesinnt ist als ihr Gegenspieler Chávez. Umfragen zufolge würde Pedro Carmona bei Präsidentschaftswahlen den letzten Platz belegen.

Mit über 30 Prozent Zustimmung erzielt Hugo Chávez auch heute noch bessere Umfrageergebnisse als seine Amtsvorgänger in den achtziger und neunziger Jahren. Sollte es der fragmentierten Oppositionsbewegung nicht gelingen, sich auf einen glaubwürdigen politischen Kandidaten zu einigen, könnte sich Chávez daher auch nach einem Referendum an der Macht halten. Dann wäre der autoritäre Herrschaftsstil von Hugo Chávez paradoxerweise mit Hilfe der Opposition demokratisch legitimiert.

Verkürzung der Amtszeit von Chávez.

Angesichts dieses denkbaren und aus ihrer Sicht kontraproduktiven Szenarios wäre für die Opposition die von Jimmy Carter vorgeschlagene Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf vier Jahre ein günstigeres

Szenario. Mittelfristig ließe sich in dem noch verbleibenden Zeitraum eine glaubwürdige politische Alternative zum charismatisch-populistischen Chávez aufbauen. Das gilt um so mehr, als es der Regierung nicht allzu lange gelingen wird, allein die politischen Gegner und ihre Streikbewegung für die Wirtschaftskrise und die wachsende Armut im Land verantwortlich zu machen.

Neuwahlen. Selbst die rasche Einberufung von Neuwahlen dürfte den Konflikt nicht unbedingt entschärfen. Ein Wahlsieg der Opposition wäre jedenfalls keine Garantie für Stabilität: Hugo Chávez hat stets betont, seine bolivarianische Revolution notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Darüber hinaus dürfte die »alte Elite« weder in der Lage noch willens sein, die für die Entschärfung der sozialen Krise notwendigen Strukturreformen in Angriff zu nehmen.

Eine Einigung zwischen den Konfliktparteien ist auch deshalb schwierig, weil die Chávez-Regierung gerade aus der gesellschaftlichen Polarisierung ihre Legitimation zieht. Der Bruch mit der Vergangenheit, den er mit der Oppositionsbewegung gleichsetzt, und die Kampfansage an die alte Elite ist die Essenz der politischen Mission des in militärischen Kategorien denkenden Präsidenten.

Wie die derzeitige Konfrontation in Venezuela ausgehen wird, ist auch von der Reaktion der externen Akteure abhängig. Der Konflikt in Venezuela, fünftgrößter Erdölexporteur der Welt, hat nicht zuletzt angesichts der Kriegsgefahr im Irak durchaus internationale Bedeutung. Gleichzeitig besteht zwischen beiden Krisen eine Wechselwirkung: Sollten die USA nach einem möglichen Krieg im Irak die Erdölressourcen des Landes kontrollieren, würde Venezuela an strategischer Bedeutung verlieren. Bis dahin aber dürfte eine Beilegung des internen Konfliktes auch für die USA und für Europa von Interesse sein. Als Folge der Irak-Krise und des drastischen Rückgangs der venezolanischen Förderquoten auf ein Siebtel des normalen Volumens ist der Erd-

ölpreis auf eine Rekordhöhe von über 39 Dollar geklettert.

Eine interne Lösung des Konflikts in Venezuela ist nicht sehr wahrscheinlich. Insofern scheint es im Sinne eines konstruktiven Konfliktmanagements legitim, Chávez Appell an die nationale Souveränität die Devise Ernst-Otto Czempels entgegenzusetzen: »Einmischung ist geboten«. Auch wenn die Regierung wenig Interesse an Verhandlungen mit der Opposition zeigt, sollten sich die internationalen Vermittler (auf europäischer Seite Spanien und Portugal) weiterhin für einen politischen Kompromiß einsetzen. Dabei könnte Brasilien als Initiator der Unterstützerguppe des OAS-Generalsekretärs und durch seinen Einfluß auf die Regierung Chávez eine entscheidende Rolle spielen. Für die deutsche Außenpolitik hingegen gibt es, abgesehen von einer Unterstützung der internationalen Vermittlungsbemühungen, derzeit wenig konkreten Handlungsbedarf.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org